

„Integration durch Qualifikation“

Der Bundespräsident macht Mut



Nicht jede - genauer: kaum eine - Initiative kann sich damit rühmen, dass der Bundespräsident anreist, wenn sie ihre Arbeit vorstellt und Anregungen diskutiert, wie es weitergehen soll. Johannes Rau kam, weil - wie er sagte - „PRO QUALIFIZIERUNG und KAUSA so erfolgreiche Initiativen sind, weil ich das Engagement, die Kreativität, die Fantasie für die Integration der Migranten in Deutschland schätze und fördern möchte“.

Das war am 29. November 2001 auf einer Fachtagung in Köln, mit der die Aktion „Integration durch Qualifikation“ gestartet wurde. Ziel der Aktion ist es, die Bedeutung der beruflichen Bildung für die Integration deutlich zu machen. „Zahlreiche Modellprojekte haben auf lokaler oder regionaler Ebene Erfahrungen gesammelt, sie sollen durch diese Aktion bundesweit zugänglich gemacht werden. Dabei gilt es, Wege zu finden, die nicht nur kurzfristige Symptome lindern, sondern dauerhaft Probleme aus dem Weg räumen.“ So beschreibt der Leiter von PRO QUALIFIZIERUNG, Wolfgang Fehl, die Überlegungen zu der Aktion.

Die Probleme werden von verschiedenen Seiten aus dem Weg geräumt, entsprechend den Aufgaben, denen sich die beteiligten Initiativen stellen. Schwerpunkt bei PRO QUALIFIZIERUNG ist die Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen ausländischer Herkunft. KAUSA (Kordinierungsstelle Ausbildung in ausländischen Unternehmen) wirbt dafür, dass Unternehmen mit Inhabern ausländischer Herkunft ausbilden. Die Koordinierungsstelle beschränkt sich aber nicht darauf, zu werben, KAUSA zeigt auch Wege auf, wie zum Beispiel die Inhaber von Handwerksbetrieben die Befähigung erwerben können, um auszubilden. Beide Initiativen werden mit Mitteln der Bundesministerien für Bildung und Forschung und für Arbeit und Sozialordnung gefördert. Beteiligt an „Integration durch Qualifikation“ ist auch die Initiativstelle berufliche Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten (IBQM), die derzeit vom Bundesbildungsministerium aufgebaut wird.

Ein Ansatz bei der Initiative - wie auch schon bei der bisherigen Arbeit - ist es, positive Beispiele aufzuzeigen. Es werden etwa ausländische Unternehmer vorgestellt, die die Befähigung zur Ausbildung erworben haben oder

junge Männer und Frauen ausländischer Herkunft, die erfolgreich in ihrem Beruf sind. Eine von ihnen: Mehtap Sabaz, eine 31jährige Friseurmeisterin türkischer Herkunft, die im deutschen Team bei der Hair World 2000 den Weltmeistertitel gewonnen hat.

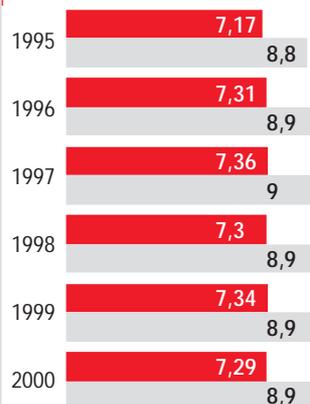
Der Auftritt des Bundespräsidenten - und anderer Prominenter wie Bernhard Jagoda von der Bundesanstalt für Arbeit - bei „Integration durch Qualifikation“ dürfte den Beteiligten nicht nur Mut machen, sondern zeigt, dass hier ein wichtiges gesellschaftspolitisches Feld liegt.

Informationen: KAUSA
Tel.: 0221/ 1640-666,
Fax 0221/ 1640-669
E-Mail: info@kausa.de
Internet: www.kausa.de
Unter Sachsenhausen 10- 26
50667 Köln

Pro QUALIFIZIERUNG
Tel.: 0221/ 1640-667,
Fax 0221/ 1640-669
E-Mail: info@proqua.de
Internet: www.proqua.de
Unter Sachsenhausen 10- 26
50667 Köln

ZAHLENWERK

Ausländische Wohnbevölkerung in Deutschland (jeweils 31. Dezember)



■ absolute Zahl in Millionen
■ Anteil an der Gesamtbevölkerung

Quelle: Statistisches Bundesamt

Mehr Mittel für Sprachförderung

Glaubwürdigkeit

In Zeiten knapper Kassen ist es sicher nicht alltäglich, dass öffentliche Ausgaben steigen - und zwar deutlich. Vollzogen wurde der ungewöhnliche Schritt im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und zwar in Bezug auf die Sprachförderung für Ausländer. Der bisherige Standard lag bei 34 Millionen Mark pro Jahr. Dieser Betrag wurde für 2002 um zehn Millionen Euro aufgestockt. Zusätzlich werden weitere 13,3 Millionen Mark bereit gestellt, die zum Beispiel für die Kinderbetreuung verwendet werden, wenn die Eltern im Deutschkurs sind.

Der Appell an die AusländerInnen, Deutsch zu lernen, da dies für die Integration wichtig sei, gewinnt damit zweifellos an Glaubwürdigkeit. Appellieren und Reden allein reicht nicht, auch nicht bei der Sprachförderung.

MIGRATION

Jan / 2002

Migration
Forum



DGB BILDUNGSWERK

IGR Maas-Rhein

Grenzüberschreitende Gewerkschaftsarbeit

In den Niederlanden wurden unlängst die Steuergesetze grundlegend geändert. Das hat natürlich Folgen für die Arbeitnehmer, die in Belgien oder Deutschland wohnen und in den Niederlanden arbeiten. Nur welche? Wer Gewerkschaftsmitglied ist, kann sich darüber informieren lassen. Im Januar und Februar führt der Interregionale Gewerkschaftsrat (IGR) Maas-Rhein zwei Veranstaltungen durch, in denen Experten des niederländischen Finanzamts und der Gewerkschaften Tipps geben. Die Versammlungsorte müssen etwas größer sein. Jeweils zwischen 500 und 700 TeilnehmerInnen erwartet Elke Jansen, die das Büro des IGR im belgischen Eupen leitet.

Dies ist ein Beispiel für die Arbeit, die der IGR grenzüberschreitend organisiert. Ein anderes Thema: Grenzüberschreitendes Outsourcing. Dazu fand vor kurzem ein Workshop statt. Das muss sich - so ein Ergebnis - keineswegs automatisch gegen die Beschäftigten richten. Es sind vielmehr durchaus Konstellationen möglich, bei denen beide Seiten - Arbeitnehmer wie Arbeitgeber - gewinnen.

Eine andere Veranstaltung aus jüngerer Zeit, die sehr großen Zuspruch

fand, befasste sich mit dem Thema Mobbing. Veranstalter war die Frauenkommission des IGR, eine von vier Kommissionen, die als Personengruppen organisiert sind. Die anderen: Grenzgänger, Senioren und Jugend.

Das Wichtigste neben solchen Aktivitäten ist es, dass sich Gewerkschaftsmitglieder über die Grenzen hinweg kennen lernen. Das findet jedenfalls Heinz Kaulen, DGB-Vorsitzender in der Region, der sein Büro in Aachen hat. Wenn ein Problem auftaucht, so Kaulen, kann ein Betriebsratsvorsitzender zum Telefon greifen und seinen Kollegen in Belgien oder den Niederlanden anrufen. Nur dazu muss er ihn eben kennen. Gegründet wurde der IGR Maas-Rhein 1978. Er ist damit nach dem IGR Saar-Lothringen-Luxemburg der zweitälteste der inzwischen über rund 40 Interregionalen Gewerkschaftsräte in Europa. In ihm zusammengeschlossen sind acht Gewerkschaftsbünde. Regional erstreckt sich der Rat auf Niederländisch Limburg, Belgisch Limburg, die deutschsprachigen Gemeinden in der Provinz Lüttich und die Region zwischen Aachen, Düren und Euskirchen.

Anders als die meisten anderen IGRs ist dieser Rat nicht nur zwei-, sondern dreisprachig. Am meisten Schwierigkeiten bereitet das aus Sicht von Heinz Kaulen den deutschen Gewerkschaftern, die nur selten Französisch oder Niederländisch bzw. Flämisch sprechen. Bei den niederländischen und belgischen KollegInnen sieht das etwas anders aus. Sehr viele von ihnen sprechen Deutsch.

Informationen zum Interregionalen Gewerkschaftsrat Maas-Rhein:
Neustraße 52, B-4700 Eupen
Tel.: 0032-87/ 55 78 48,
Fax: 0032-87/ 55 71 94
Internet: www.ivr-mr.be

Zukunft durch Ausbildung

Seit Jahren steigt die Zahl der Jugendlichen türkischer Herkunft, die die Schule ohne Abschluss verlassen oder keinen Beruf erlernen. Eine Hilfestellung, um dem entgegen zu wirken, ist die Broschüre „Zukunft durch Ausbildung – Tipps zur Berufswahl für türkische Eltern“ der Bundesanstalt für Arbeit.

Den Eltern werden sowohl in türkischer als auch in deutscher Sprache Argumente für einen guten Schulabschluss geliefert, erläutert, warum ein guter Schulabschluss das Fundament für die Berufsausbildung ist, ein Überblick über deutsche Schulabschlüsse gegeben und aufgelistet, welche türkischen Abschlüsse angerechnet werden, das duale Berufsbildungssystem sowie die schulische Berufsausbildung anhand von Beispielen erklärt.

Weitere Tipps für türkische Eltern sind, wie sie ihre Kinder bei der Berufsfindung und Berufswahl unterstützen können und welche amtlichen Stellen hilfreich sein können.

Die Broschüre ist erhältlich bei der Berufsberatung im Arbeitsamt oder kann bestellt werden bei: Zentralamt der Bundesanstalt für Arbeit Zentrale Beschaffungsstelle, Geschäftsstelle für Veröffentlichungen, Postfach 90327 Nürnberg, Fax 0911/1791147

Unsere Partner



Bundesministerium
für Arbeit und Sozialordnung

Impressum



Herausgeber
DGB Bildungswerk
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel: 0211-4301-141
Fax: 0211-4301-134
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Verantwortlich
für den Inhalt: Leo Monz

Koordination
Klemens Büsch

Redaktion
Bernd Mansel (Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

Layout und Satz
Th. Rubbert, Düsseldorf

Druck und Vertrieb
Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Erscheinungsweise
Monatlich

IG BAU/ FNV Bouw

Gegenseitige Mitgliedschaft

Eine „wahre Pionierleistung für ein soziales Europa der Arbeitnehmer“ - so ein IG BAU-Sprecher - haben die deutschen und holländischen Bau-Gewerkschaften IG BAU und FNV Bouw im letzten Herbst am Rande des 21. Weltkongresses der Bau- und Holzarbeiter-Internationale IBBH in Kopenhagen erbracht. Die Rede ist von der Erweiterung des Beistandspaktes für grenzüberschreitende Arbeitnehmerwanderungen aus dem Jahr 2000.

Die Vereinbarung beinhaltet, dass alle Mitglieder der beiden Gewerkschaften, die im jeweils anderen Land dauerhaft oder zeitweilig arbeiten, vom ersten Tag an die volle Unterstützung der jeweils gastgebenden Gewerkschaft erhalten, eine kostenlose Zweitmitgliedschaft sowie eine sofortige Übertrittsmöglichkeit unter Anerkennung der bis dahin erworbenen Gewerkschaftsrechte. Dieses gegenseitige Abkommen gewinnt um so mehr an Bedeutung, weil so auch der „kleine Grenzverkehr“ am Niederrhein zum Vorteil der organisierten Bauarbeiter beider Länder geregelt werden kann.

Zitiert

Soziale Verantwortung übernehmen

„Die soziale Gestaltung der Erweiterung ist praktisch ein Spiegelbild der sozialen Errungenschaften. Viel mehr noch aber ist sie ein Spiegelbild der Defizite der bisherigen Politik in der EU. Das 'Sozialmodell Europa' hat nur sehr langsam und zögerlich Konturen angenommen. Es ist bis heute immer wieder umstritten oder wird durch eine Politik der einseitigen Liberalisierung in Frage gestellt. Diese Versäumnisse zeigen sich heute als Legitimationsproblem gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Union. Für die Menschen in den zukünftigen Mitgliedsländern bedeutet es, dass sie relativ wenig Instrumente zur sozialverträglichen Bewältigung der Reform- und Transformationsprozesse im Rahmen der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes zur Verfügung haben.“

Dies wirkt um so schwerer, als die sozialpartnerschaftlichen Strukturen und der Zustand des sozialen Dialogs in den Beitrittsstaaten auch nach zehn Jahren der Transformation ausgesprochen unzureichend entwickelt sind... Für den DGB steht deshalb im Mittelpunkt, die Gewerkschaften in den Beitrittsstaaten darin zu unterstützen, ihre soziale Verantwortung in der EU sowie auf nationaler Ebene zu übernehmen.“

Recklinghäuser Tagung

Chancen für Integration

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der von der IG BCE veranstalteten Recklinghäuser Tagung am 1. Dezember 2001 signalisierten mit einer kleinen Geste, worum es ihnen geht. Sie hatten sich eine gelbe Hand angesteckt. Aufschrift: Stopp der Fremdenfeindlichkeit.

Zum 31. Mal fand die Tagung statt, die seinerzeit von der früheren IG Bergbau ins Leben gerufen worden war. Seit über 30 Jahren geht es um die Integration ausländischer ArbeitnehmerInnen. Schwerpunktthema in diesem Jahr: „Qualifizierung für Migrantinnen und Migranten als Chance der Integration“.

Ulrich Freese, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstands der IG BCE verwies in seiner Einführung auf die schlechte Bildungsbeteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund. So verlassen sie mit rund 17 Prozent weitaus häufiger die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss als ihre deutschen Altersgenossen. Ihre Ausbildungsquote liegt bei acht, ihr Anteil an den 15 bis 18jährigen aber bei 14 Prozent. Er erinnerte daran, den im Juni 2000 im Bündnis für Arbeit gefassten Beschluss zur Verbesserung der Ausbildungssituation zügig umzusetzen. Das Thema wurde auf einer Podiumsdiskussion im Einzelnen dis-

kutiert, an dem auch Uwe Thomas, Staatssekretär im Bundesministerium, teilnahm.

Für den Sprecher des Arbeitskreises Ausländische Arbeitnehmer beim Hauptvorstand der IG BCE, Zeki Yilmaz, liegt eine der Ursachen für die Situation in der Tatsache, dass Integration von der Politik zu lange Zeit nicht gefördert wurde. Und wenn der Begriff einmal fiel, so Yilmaz, „wurde Integration immer als Anpassung verstanden und dargestellt“. Statt dessen dienten Ausländer immer wieder als Sündenböcke.

In Bezug auf die Debatte um das Einwanderungsgesetz griff Ulrich Freese diese Frage auch auf und redete Klartext: „Die Diskussion um das Einwanderungsgesetz darf nicht auf Kosten der hier lebenden Migrantinnen und Migranten geführt werden. Es muss aus dem auf uns zukommenden Bundestagswahlkampf herausgehalten werden. Es darf nicht, wie bei der Einführung des Staatsbürgerschaftsrechts geschehen, zu ausländerfeindlichen Aktionen genutzt werden.“

Die Rede Ulrich Freeses auf der Recklinghäuser Tagung kann über Fax abgerufen werden unter: 0211/ 4301-605 Die Rede von Zeki Yilmaz steht ebenfalls im Fax-Abdruck bereit: 0211/4301-606

Heinz Putzhammer in einer Rede auf einer Veranstaltung des Verbindungsbüros des DGB-Bundesvorstands am 28. November 2001 in Brüssel. Titel der Tagung war: „Integration beginnt an den Grenzen - Chancen und Risiken der EU-Erweiterung in der Mitte Europas“.

Das gesamte Referat von Heinz Putzhammer („Die Erweiterung schon heute gestalten“) steht im Fax-Abdruck bereit unter: 0211/ 4301-604 (4 Seiten)

Aktuelle Kommentierung

Zuwanderungsgesetz

Das vom Bundeskabinett am 7. November 2001 verabschiedete Zuwanderungsgesetz zählt sicher zu den meist diskutierten Gesetzesvorhaben dieser Legislaturperiode. Mit dem Vorhaben wird eine Reihe von Gesetzen geändert bzw. ersetzt. Vom Bereich Migration & Qualifizierung wurde jetzt eine Kommentierung des 15 Artikel umfassenden Gesetzes veröffentlicht. Autorin ist die Rechtsanwältin Semiha Akın, die im Bereich Migration und Qualifizierung arbeitet.

Die Kommentierung konzentriert sich auf das Aufenthaltsgesetz, wobei die wichtigsten Neuerungen unter Beachtung der aktuellen Rechtslage dargestellt werden. Daneben werden das EU-Freizügigkeitsgesetz, das Staatsangehörigkeitsgesetz, EU/Türkei-Assoziationsrecht und deren wichtigste Änderungen und Regelungen dargestellt.

Der Kommentar liegt in der Schriftenreihe Migration & Arbeitswelt unter dem Titel „Zuwanderung sozial gestalten – Kommentar zum Zuwanderungsgesetz (Kabinettsentwurf vom 7. November 2001)“, in zwei Teilen vor und kann bestellt werden bei:

Der Setzkasten GmbH, Am Kreuzberg 4, 40489 Düsseldorf, Tel.: 0211/4080088 Fax: 0211/4080080 E-Mail: lavista@setzkasten.de Im Internet ist der Text zu finden unter: www.migration-online.de

Publikationen

Hier bestellen

Ob die Dokumentation einer Tagung über EU-Osterweiterung oder eine Migrationspolitische Handreichung zum Thema Arbeiten in Deutschland für EU-Staatsangehörige, ob das Bildungsprogramm des Bereichs Migration und Qualifizierung oder künftige Publikationen - alles, was der Bereich Migration und Qualifizierung beim DGB Bildungswerk veröffentlicht hat und noch veröffentlicht, kann bestellt werden bei:



Der Setzkasten GmbH, Am Kreuzberg 4, 40489 Düsseldorf, Tel.: 0211/4080088 Fax: 0211/4080080 E-Mail: lavista@setzkasten.de Und was alles schon veröffentlicht wurde, steht zum Beispiel im Internet unter: www.migration-online.de

Föderales Element

In Zeiten, da Politik in Deutschland sich sehr stark auf Berlin konzentriert, fällt es auf, wenn im Gegenzug auch einmal wieder föderale Elemente gestärkt werden. Ein Beispiel dafür sind die Düsseldorfer Migrationsgespräche (DMG). Nach einem Probelauf im September sollen sie 2002 vier Mal pro Jahr - je zwei im Mai/ Juni und August/ September - stattfinden. Bei aktuellem Anlass können auch Termine eingeschoben werden. Die DMG richten sich explizit an ein Publikum im Raum Köln, Düsseldorf, Ruhrgebiet. Veranstaltungsort ist Düsseldorf und zwar das Foyer des DGB Bildungswerks im Hans-Böckler-Haus.

Diskutiert werden aktuelle migrations-spezifische Themen. Von der Form her werden die DMG ein Diskussionsforum sein, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einbezieht. Und das sind dann gleichermaßen Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben und Verwaltungen und aus den Gewerkschaften, Migrationsfachleute aus anderen gesellschaftlichen Bereichen und Organisationen, mit denen es Kooperationsbeziehungen gibt, oder ganz einfach interessierte Menschen. Auf diese Weise können Erfahrungen ausgetauscht, Ideen entwickelt und Impulse empfangen und gegeben werden.

Informationen bei:

Bereich Migration & Qualifizierung
beim DGB Bildungswerk
Jens Nieth Tel.: 0211/ 4301-191
Fax: 0211/ 4301-134

KOMMENTAR

von Günther Dickhausen

Das Jahrzehnt der Integration

Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist Deutschland ein Einwanderungsland. Fast so lange hat es auch gedauert, bis die Politik diese Tatsache zur Kenntnis nahm, einräumte, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und die daraus nötigen Folgen ableitete. Es hilft nicht viel weiter, darüber zu lamentieren. Aber wenn heute die Rede davon ist, die Integration voran zu bringen, kann man daraus lernen. Es gibt Bereiche in dieser Gesellschaft, wo Integration auch bisher schon ernst genommen wurde, nämlich in den Betrieben. Von denen, die dort aktiv sind, lässt sich lernen. Das sind die Betriebsräte, ihre Gewerkschaften, aber auch viele Unternehmensleitungen. Für Letztere kann ich natürlich nicht reden.

Eine ganz entscheidende Grundlage für Integration ist das Erlernen der Sprache. Das ist längst zu einer Banalität geworden, aber natürlich deshalb noch lange nicht falsch. Falsch allerdings wäre es, das Erlernen der Sprache schon für Integration zu halten.

Arbeit ist Grundlage für ein menschenwürdiges Leben. Sie eröffnet die Möglichkeit, an den Konsumangeboten, dem sozialen und kulturellen Leben in dieser Gesellschaft teilhaben zu können. Der Zugang zu den Errungenschaften dieser Gesellschaft funktioniert eben über ein Einkommen. Um einen Arbeitsplatz besetzen zu können, ist Sprache allerdings sehr wichtig. Dass es Zeiten gab, in denen eine geringe Sprachkompetenz ausreichte, um arbeiten zu können, wissen MigrantInnen am besten. Aber erstens waren diese Arbeitsplätze zumeist laut, dreckig und mit großem Aufwand an körperlicher Leistung verbunden und boten keinerlei Aufstiegschance; und zweitens sind diese Zeiten vorbei.

Sprache ist also für die Ausübung eines Berufs von großer Bedeutung. Es wäre aber wiederum falsch, zu glauben, die Beherrschung der deutschen Sprache garantiere einen Arbeitsplatz. Um einen Arbeitsplatz zu finden, muss man wissen, wie man sich bewirbt. Vorher muss man wissen wo man sich bewerben kann, wo die entsprechenden Informationen zu erfahren sind, was zu tun ist, um die eigene Qualifikation an deutsche Erfordernisse anzupassen, ob das möglicher Weise finanziert wird, ob formale Abschlüsse nachzuholen sind und so weiter. Wer glaubt, solches Alltagswissen sei doch eigentlich kein Problem, der denke einmal kurz an seine letzte Steuererklärung. Integrationskurse müssen den Menschen auch Informationen darüber an die Hand geben, wie sie sich in dieser Gesellschaft bewegen können.

Wenn anerkannt wird, dass Berufstätigkeit zentral für Integration ist - und bei näherem Nachdenken dürfte das niemand bestreiten -, dann gehört zur Integration, dass Wissen darüber vermittelt wird, wie die Arbeitswelt bei uns funktioniert - übrigens alles in allem ganz erfolgreich. Es geht dabei um Rechte und Pflichten, zum Beispiel um das Betriebsverfassungsgesetz. Gerade für Zuwanderer ist es ja nicht uninteressant zu wissen, dass sie gegen Diskriminierung geschützt sind. Es geht darum, dass es Arbeitnehmerrechte gibt, etwa die Koalitionsfreiheit und ein Kündigungsschutzgesetz. Hire and Fire gehört in Deutschland nicht zur Normalausstattung der Arbeitswelt. Das kann in einigen Herkunftsländern anders sein, und die müssen nicht in der dritten Welt liegen. Dies zu wissen, vermittelt den Betroffenen eine gewisse Sicherheit und dem Unternehmer einen produktiv Beschäftig-



ten, der sich auf seine Arbeit konzentrieren kann und nicht ständig darüber nachdenken muss, wie er möglichst angepasst und unauffällig durch den betrieblichen Alltag kommt.

Wenn heute eine große Mehrheit in Politik und Gesellschaft sich Integration ernsthaft vornimmt, dann sollten wir das als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aufgreifen und uns vornehmen: Das ist das Jahrzehnt der Integration. Die Gewerkschaften sind bereit und in der Lage, ihren Teil bei den Integrationskursen beizutragen. Informationen über soziale Rechte von Arbeitnehmern wie Kranken-, Renten-, Unfall-, Pflegeversicherung, über das Koalitionsrecht unabhängig von der Nationalität, über Mitwirkungsmöglichkeiten im Betrieb und Verwaltung, über Schutzrechte wie Kündigungsschutz und Gesundheitsschutz gehören zur Grundausstattung eines gleichberechtigten Zusammenlebens in der Arbeitswelt in Deutschland.

Die Angebotspalette zu Integration haben wir in den Gewerkschaften einmal so genannt: Das Willkommenspaket schnüren. Aus meiner Sicht klingt das schöner und auch menschlicher als Integrationskurs zwei mal 300 Stunden und so weiter. Aber wenn's funktioniert, ist es egal wie es heißt. Wenn wir Sylvester 2011 sagen können: Das Jahrzehnt der Integration war eigentlich erfolgreich, dann ist das mehr als ein Glas Sekt auf das neue Jahr wert.